



**Überlegungen zur Privatisierung des
Landeswaldes von Schleswig-Holstein**
Vortrag auf dem 27. Freiburger Winterkolloquium
Forst und Holz
am 25. / 26.01.2007

Margret Brahms
Leiterin der Abteilung
Naturschutz, Forstwirtschaft
und Jagd
Tel.: 0431-988/7303
e-mail:
Margret.Brahms@mlur.landsh.de



**Überlegungen zur Privatisierung des
Landeswaldes von Schleswig-Holstein**

- 1. Worum es geht**
Daten über den Landeswald
- 2. Gründe für die Prüfung der Privatisierung des
Landeswaldes**
- 3. Das Ergebnis der Markterkundung**
- 4. Die Reaktion der Öffentlichkeit und der Politik**
- 5. Die Perspektiven**



Daten über den Landeswald und die Forstverwaltung

51.182 ha Landeswald mit
46.080 ha Holzboden
2.415 ha Nichtholzbodenfläche
2.684 ha Nebenflächen
verteilt auf rd. 340 Einzelparzellen

Holzvorrat:

13,7 Mio Vorratsfestmeter $\triangle$ 282 Vorratsfestmeter je ha

Jährliche Nutzung:

Ø 229.000 Erntefestmeter $\triangle$ 5 Erntefestmeter je ha

Jährlicher Zuwachs:

10,9 Vorratsfestmeter je ha
Es handelt sich um einen Aufbaubetrieb

Zertifiziert nach FSC und PEFC



Gemeinwohlverpflichtungen:

Naturschutzrechtliche Bindungen: 36 % des Landesforstes sind
europarechtlich als Natura 2000 Gebiete geschützt.

7 % sind derzeit als Naturwald ausgewiesen, vorwiegend in Natura 2000
Gebieten.

Hinzu kommen gesetzlich geschützte Biotope.

Auf 25 % der Fläche bestimmt bzw. beeinflusst die Erholungsfunktion
die Waldbewirtschaftung

57 Waldkindergärten, 2 Jugendwaldheime, 1 Waldpädagogisches
Zentrum

Worum es geht

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein



Gemeinwohlverpflichtungen:

Naturschutzrechtliche Bindungen: 36 % des Landesforstes sind europarechtlich als Natura 2000 Gebiete geschützt.

7 % sind derzeit als Naturwald ausgewiesen, vorwiegend in Natura 2000 Gebieten.

Hinzu kommen gesetzlich geschützte Biotope.

Auf 25 % der Fläche bestimmt bzw. beeinflusst die Erholungsfunktion die Waldbewirtschaftung

57 Waldkindergärten, 2 Jugendwaldheime, 1 Waldpädagogisches Zentrum

Derzeitige Rechtsform:

Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO und Landesbetrieb waldpädagogisches Zentrum.

Margret Brahm, Leiterin der Abteilung Naturschutz, Forstwirtschaft und Jagd

5

Worum es geht

Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein



Personal:

300, davon 14 im hoheitlichen Bereich

6 Forstämter, Forsthoheit derzeit noch in den Forstämtern, 43 Förstereien.

Privatwald wird durch die Landwirtschaftskammer beraten und gefördert.

Wirtschaftliche Situation:

Kosten sind zu 70 % durch Personal geprägt.

Einnahmen durch Holzverkauf ca. 9,9 Mio € / a

jährlicher Zuschussbedarf:

Defizitausgleich Forstbetrieb 4,3 Mio €

Finanzierung Gemeinwohl 4,7 Mio €

Finanzierung Hoheitsaufgaben 1,1 Mio €

Margret Brahm, Leiterin der Abteilung Naturschutz, Forstwirtschaft und Jagd

6



- 1. Vereinbarung der Regierungsparteien die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Waldbewirtschaftung zu stärken. Unterstützung der stärkeren wirtschaftlichen Ausrichtung durch die Landesforstverwaltung und Privatwaldbesitzer.**
- 2. Übergeordnete Überlegungen zum Schuldenabbau und zur Senkung der Neuverschuldung, Deregulierung, Aufgabenverzicht, klare Trennung von Hoheit und Betrieb.**
- 3. Stärkung der Einbindung privater Unternehmen durch Gesetz (Gesetz zur Erleichterung öffentlich privater Partnerschaften derzeit in der parlamentarischen Beratung).**



- 4. Erwartungen an die materielle Privatisierung (Verkauf)**
 - Einnahmen zum Schuldenabbau
 - Übernahme des Personals
 - Finanzierung der Gemeinwohlleistungen aus Zinsen einer aus dem Verkaufserlös errichteten Stiftung
- 5. Erwartungen an die formelle Privatisierung (Vermögen bleibt beim Land, die Bewirtschaftung wird privatisiert)**
 - Übernahme des Personals
 - Abbau des Defizits im Wirtschaftsbetrieb durch eindeutig privatwirtschaftliche Ausrichtung.



Markterkundung durch Interessenbekundungsverfahren nach Bundeshaushaltsordnung.

- Unverbindlichkeit für beide Seiten
- Kein Anspruch auf Eröffnung eines Vergabeverfahrens
- Aufforderung des Landes, ein Konzept zur Bewirtschaftung, Gemeinwohlwahrnehmung und Personal vorzulegen
- Hinweis auf parallele Prüfung der Anstalt öffentlichen Rechts



Ergebnis:

- 4 forstliche Unternehmen**
- 2 Großbanken**
- 2 Consulting Unternehmen**
- 1 Investmentfond**
- 1 nicht forstlich erfahrener Konzern**

haben ihr Interesse für Kauf und Bewirtschaftung bekundet. Die Konzepte bleiben weitgehend unklar, bis auf ein Fall keine Preisdarlegungen.

Zwei Unternehmen haben komplette Personalübernahme begrüßt und Diversifikation in Aussicht gestellt. Due Diligence-Verfahren wurde erbeten.

Die Reaktion der Öffentlichkeit und der Politik



- **Zusammenschluss von 21 Vereinen und Verbänden gegen die Privatisierung und für die Beibehaltung der Gemeinwohlleistungen im Bündnis für Wald mit Hinweis auf derzeitige Rechtslage**
- **Volksinitiative durch Bündnis 90/Die Grünen**
- **Fraktionsbeschluss des Regierungspartners SPD: kein Verkauf**
- **Zahlreiche Einzelinitiativen auch aus der Holzindustrie**
- **Entscheidung des Kabinetts am 14.11.2006 Verzicht auf den Verkauf. Begründung: positive Holzmarktentwicklung und neue Chancen**
- **Prüfung erfolgt nunmehr für:**
 - LHO Betrieb
 - Anstalt öffentlichen Rechts
 - GmbH im alleinigen oder im mehrheitlichen Besitz des Landes.
- **Politische Entscheidung wird für 1. Quartal 2007 erwartet.**

Die Perspektiven



- **Wald ist eine zunehmend attraktive Kapitalanlage.**
- **Die Finanzkrise des Staates wird den Druck zur weiteren Privatisierung erhöhen.**
- **Organisationsformen wie Landesbetriebe, Anstalten öffentlichen Rechts, „Staats GmbH's“ und Gemischtbetriebe zwischen Staat und Privaten werden als Schritte zur Vorbereitung der materiellen Privatisierung angesehen.**
- **Besondere Herausforderung ist die Sicherstellung der sozialen und ökologischen Funktionen des Waldes. Hier ist die Absicherung der Finanzierung durch eine Stiftung denkbar. Der notwendige gesellschaftliche Konsens erfordert Transparenz und ggf. Beteiligungsrechte. Welche Rolle spielt dabei die Zertifizierung?**



- **Stiftungen, Genossenschaften und andere Modelle der Kooperation und ggf. vermehrten Übernahme von Verantwortung durch die Zivilgesellschaft erfahren derzeit kaum politische Unterstützung im Bund und in den Ländern.**
- **Alternative Organisationsformen, die den Verbleib des Waldes mit seinen wichtigen Gemeinwohlfunktionen als „Volkseigentum“ bei gleichzeitiger Entlastung der öffentlichen Haushalte ermöglichen, müssen erforscht und diskutiert werden.**
- **Die Universität könnte hier nach neuen Wegen suchen und die jeweiligen Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Organisationsformen von der Privatisierung bis zur Stiftung gegenüberstellen und Möglichkeiten der Sicherstellung der Gemeinwohlleistungen aufzeigen.**